

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bosen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 28. September  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgezte Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden sam. die am folgenden  
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

1876.

r. Der König hat den

**Berlin**, 27. Septbr. Der König hat den Pfarrer Carl Wilhelmi zu Poseritz auf Rügen zum ersten Divisionspfarrer der dritten Division ernannt und ihn unter Beilegung des Titels „Militär-Oberpfarrer“ mit den Geschäften eines solchen beim 11. Armee-Corps betraut.

Der Notar Schwenzer in Montjoie ist in den Friedensgerichtsbezirk Boch im Landgerichtsbezirke Cleve, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Galcar verlegt worden.

Berlin, 27. September.

— Die preussische Staatsregierung hat seit einiger Zeit der Regelung des Gefängniswesens ein besonders reges Interesse zugewendet, und es wird im Ressort des Handelsministeriums dafür Sorge getragen, daß die baulichen Einrichtungen der Gefängnisse allen billigen Anforderungen entsprechen. Der „Staats-Anz.“ schreibt darüber:

Bei den umfangreichen Baulichkeiten des neuen Strafgefängnisses für Berlin „am Plöbensee“, welches zur Aufnahme von 1400—1500 Sträflingen bestimmt und gegenwärtig beinahe vollendet ist, hat man diese Bestrebungen, namentlich auch in Hinsicht auf Gesundheitspflege, möglichst vollkommen zum Ausdruck zu bringen gesucht. Ein von Gefangenen angefertigtes Modell dieser Anstalt ist nebst den dazu gehörigen, alle baulichen Konstruktationen darlegenden Zeichnungen und einer erläuternden Denkschrift von Seiten des Justizministeriums auf der internationalen Ausstellung von Gegenständen der Gesundheitspflege zc. in Brüssel zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden und es hat die betreffende Jury daselbst über die zweckmäßigen Einrichtungen dieser Anstalt durch die Gewährung eines Ehren Diploms eine bemerkenswerthe Anerkennung ausgesprochen. Vor Kurzem hat der Handelsminister den mit der Bearbeitung der Justizbaufachen betrauten Geheimen Oberbaurath Herrmann, von welchem auch die allgemeinen Dispositionen zum Bau des Strafgefängnisses am Plöbensee herrühren, zu dem Zwecke nach Belgien entsendet, um die baulichen Einrichtungen einiger in neuerer Zeit dort hergestellten oder in der Ausführung begriffenen Gefängnisse und Justiz-Gebäude näher kennen zu lernen, sowie gleichzeitig alle sonstigen, auf der Ausstellung in Brüssel veröffentlichten, die Gesundheitspflege betreffenden Bauprojekte, Modelle zc. der einzelnen Nationen vom bautechnischen Standpunkte in Augenschein zu nehmen. Der von seiner Reise inzwischen zurückgelehrte Geheimen Oberbaurath Herrmann hat hierbei Gelegenheit gefunden, über manche bemerkenswerthe innere Anordnungen öffentlicher Gebäude, namentlich aus dem Gebiete der Heizungs- und Ventilationsanlagen sich zu unterrichten, wovon bei den in nächster Zeit zur Ausführung bestimmten umfangreichen Gerichts- und Gefängnisbauten des preussischen Staats eine zweckentsprechende Anwendung gemacht werden wird.

— Die Angelegenheit des Böttchers Grabowski, dessen Meldung der Standesbeamte bekanntlich nicht annehmen wollte, weil er sich im Arbeitsanuge befand, ist jetzt in ein weiteres Stadium getreten. Grabowski hat nämlich von der Regierung zu Potsdam auf seine Beschwerde vom 9. v. M. folgende Antwort erhalten:

„Potsdam, 9. September 1876. Auf die Beschwerde vom 9. v. gereicht Ihnen hierdurch zum Bescheide, daß wir nach Untersuchung der Sache keine Veranlassung haben, das vom dortigen Standesamt Nr. 13 bei Gelegenheit der beabsichtigten Anmeldung der Geburt Ihrer Tochter Ihnen gegenüber beobachtete Verfahren zu mißbilligen. E. Wichert.“

Von dem Standesamt Nr. 13 erhielt Grabowski folgenden „eingeschriebenen“ Brief:

„Sie haben dem unterzeichneten Königl. Standesamte in längstens drei Tagen bei Vermeidung einer Geldstrafe von 5 Mark (§ 68 des Reichsgesetzes) die Anzeige der am 7. v. M. erfolgten Geburt Ihrer Tochter zu machen, sowie das vorauslagte Porto von 30 Pf. zu erstatten. Berlin, 16. September 1876. Königliches Standesamt Nr. 13. Outzeit. J. B.“

Grabowski begab sich nunmehr am 18. d. M. wiederum auf das Standesamt und zwar in demselben Anzuge. Hier erfuhr er laut der „Staatsb. Ztg.“ dieselbe Behandlung wie das erste Mal, die Anmeldung wurde nicht angenommen. Grabowski protestirte und hat bereits eine Beschwerde beim Ministerium eingereicht.

**Breslau**, 25. September. Dem Bericht über die am 24. d. stattgefundene zweite öffentliche Versammlung des Alt-katholikenkongresses haben wir noch eine kurze Skizze des Vortrages des letzten der Redner, des Geh. Justizrath Dr. v. Schulte nachzutragen. Prof. v. Schulte beschränkte sich bei seiner Schlußrede auf die Beleuchtung einzelner Gesichtspunkte der altkatholischen Bewegung und namentlich der Bedeutung der altkatholischen Kongresse neben den Synoden. Er wies dabei hin auf den Unterschied zwischen den altkatholischen Kongressen und den Generalversammlungen der römischen Katholiken. Bei letzteren laufe Alles darauf hinaus, in Resolutionen die Schritte der Kleriker zu bejuebeln, zu apotheosiren, Alles, was der Klerus thut, für sittlich zu finden. Wehe dem, der es sich herausnehme, etwas als faul zu erklären, man würde ihn hinausdrängen aus einer solchen lobhudehnden Versammlung, die nur Einzelnen Gelegenheit gebe, sich breit zu machen. Anders sei der Charakter der altkatholischen Kongresse. Redner gebent des Kongresses in München im Jahre 1871 bei dem man gegen den Blödsinn des Infallibilismus auftrat, den der Vortragende mit scharfen Worten einer vernichtenden Kritik unterwirft. Mit der Infallibilität selbst wurde man schnell fertig, daß es aber möglich war, der Menschheit so etwas zu bieten, daß es Wirklichkeit ward, daß man ihr so etwas bot, das zeigt, daß es nichts gegen Sitte und Dogma gäbe, dessen die Kurie nicht fähig wäre. Nach dem 18. Juli 1870 mußte Jeder, der noch so lange geglaubt, es könne besser werden, einsehen, daß jeder Gedante an eine solche Möglichkeit geschwunden sei.

Redner erörtert die weiteren Fortschritte, welche die altkatholische Sache bei den folgenden Kongressen durch die Gemeindebildung gemacht, durch die auf dem Kölner Kongreß berathene Synodal- und Gemeinde-Ordnung, welche auf dem nächsten Kongreß zu Konstantinogildig angenommen wurde. Im ferneren Verlauf seines Vortrages zieht der Redner eine Parallele zwischen der Zeit, als in dem zwischen der weltlichen und kirchlichen Macht entbrannten Kampf der Papst Frankreich mit dem Interdikt belegte und den König erlommungirte.

zwischen jener mittelalterlichen Zeit und der Gegenwart, wo der Papst es gewagt, dem deutschen Kaiser einen Brief zu schreiben, in dem er preussische Staatsgesetze für null und nichtig erklärt. Damals stand der Klerus treu und einmüthig zu dem französischen König und lehnte sich auf gegen die päpstliche Annakung, heutzutage stehen die deutschen Bischöfe einmüthig zum Papste und verlegen den Staat in die Nothwendigkeit, eine Maßregel nach der andern zu erlassen, um den Widerstand der Priester zu brechen. Selbst die finsternste Zeit würde sich nicht haben bieten lassen, was man durch den Beschuß des 18. Juli 1870 unserem aufgeklärten Jahrhundert zu bieten wagte.

28. Nachdem Redner die Aufgabe der Kongresse, bei denen die Berechtigung des Individuums zur vollen Geltung gelange, klargelegt und als eine dieser Aufgaben die Begeisterung und die Erweckung des Interesses der Gemeinden für kirchliche Gegenstände hingestellt, ein Interesse, bei welchem das gute und gediegene Priesterthum niemals zum Pfaffenthum herabsinken könne, glaubt er die Hoffnung auszusprechen zu dürfen, daß auch der diesjährige Breslauer Kongreß ein Glied in der Kette der organisatorischen Entwicklung der altkatholischen Bewegung bilden werde. Schließlich betrachtet der Vortragende die Stellung des Altkatholizismus zum Staate und zum Vaterlande und schließt mit einem Hoch auf den Kaiser und König seine Rede und die letzte öffentliche Versammlung des fünften Kongresses der Altkatholiken Deutschlands. Aus der Mitte der Versammlung wurde noch dem Bischof Reinkens ein Hoch gebracht.

**Karlruhe**, 26. Sept. Ueber die Gründe des Rücktritts des Ministers Folly sirkuliren die verschiedensten Angaben. Die bisherige meist verbreitete Lesart lautet: wegen der Schulgesetz-Novelle. In Bezug hierauf schreibt man neuerdings der „Voss. Bzg.“:

Wirkliche Differenzpunkte zwischen dem Fürsten und seinem ersten Minister lassen sich wohl erst anlässlich der Gesetzesvorlage über die obligatorische Einführung der gemischten Schulen nachweisen, wobei der Großherzog dem Gesetze eine positiv-konfessionelle Tendenz bewahrt wissen wollte, während Jolly bei der Beratung nur für das Positiv-Religiose unter Außerachtlassung der konfessionellen Unterschiede eintrat. Man sagt, hier hieße es wieder: Cherchez la femme, und Viele sind geneigt, den maßgebenden Einfluss der sehr kirchlich gestimmten Großherzogin und ihrer kaiserlichen Mütter, welche kirchlich zu Baden-Baden den mit der großherzoglichen Regierung in offenem Streit liegenden, renitenten Erzbischofsumverwerfer Kühel freundlich in langer Audienz empfing, und die hieraus resultierende Sinnesänderung des Großherzogs in Verbindung zu bringen mit dem Geschehenen.

Eine weitere Differenz zwischen dem Fürsten und dem Minister soll die Befetzung des neu geschaffenen Präsidentenpostens der Oberrechnungskammer hervorgehoben und diese Differenz, eine sehr wesentliche bei der Wichtigkeit der in Frage kommenden Stelle und bei der delikaten, weil persönlichen, Natur der Sache, den halbgefüllten Becher zum Ueberlaufen gebracht haben. Die „Köln. Ztg.“ endlich erwähnt des Gerichts, der Großherzog habe sich der schützöllnerischen Richtung zugewandt, und es werde Baden derjenige Staat sein, welcher im Bundesrathe für eine schützöllnerische Wendung der Reichspolitik die Initiative ergreifen würde, und deshalb sei es zu Differenzen im badischen Ministerium gekommen und Völsch von seinem Posten zurückgetreten. Der Großherzog soll sich bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin zum Geburtstag des Kaisers in schützöllnerischem Sinne ausgesprochen haben. Diese Lesart ist vielleicht nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, sie würde auch die leichteste Erklärung dafür bieten, warum gerade der Handelsminister Turban mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wurde. Ueber diesen weiß man nichts, als daß er ein tüchtiger und bewährter Fachminister und ein braver, liebenswürdiger Mann ohne eigentlich hervorragende parlamentarische Befähigung ist; auch neigt man allgemein der Ansicht zu, daß das neue Ministerium der Kurie gegenüber gelindere Saiten aufziehen, vielleicht Friedensanerbietungen machen würde, wozu in der That einige Aussicht vorhanden sei.

**Paris, 24. Septbr.** Die bonapartistischen und die Merikalen Organe bemühen sich, die angeblich zwischen dem Minister des Innern und dem Kriegsminister General Berthaut herrschende Differenz also bedeutend darzustellen, daß daraus aller Wahrscheinlichkeit nach eine Ministerkrisis entstehen würde. Es ist das ohne Zweifel eine arge Uebertreibung, jedenfalls wäre in diesem Augenblicke alle Aussicht vorhanden, daß nicht Herr Marcère dem General Berthaut weichen würde. Die in der That herrschenden Meinungsverschiedenheiten sind noch nicht ausgetragen, weil der Minister des Innern sich auf Urlaub befindet; Herr v. Marcère wird Ende des Monats nach Paris zurückkehren, das Kabinet wird dann wieder vollständig vereint sein und eine Lösung der schwebenden Fragen wird wohl in den ersten Tagen des Monats Oktober erfolgen. Wenn nicht Alles trügt, wird sich der Kriegminister General Berthaut dazu bequemen müssen, seinen Untergebenen alle politischen oder religiösen Kundgebungen zu unterlassen.

Don Carlos ist am 22. September in seinem Hotel 49 Rue de la Pompe zu Passy eingetroffen, wo ihn seine Gemahlin, seine vier Töchter und sein Sohn erwarten. Eine Korrespondenz des „Univers“, welcher eine Unterredung mit dem Präbidenten hatte, behauptet, Don Carlos sei voll Vertrauen in seine Sache und beabsichtigt seinen dauernden Aufenthalt in Paris zu nehmen.

Die neulich angekündigte Brochüre Girardin's, wegen der er, wie man sagt, den Traktatpuff in Szene setzte, ist nun erschienen. Sie betitelt sich „Die Schande Europas“. Die Schande Europas besteht für den ebenso bescheidenen als gewissenhaften Patrioten des Empire, der heute gar zu gerne in der Republik eine Rolle spielen möchte, darin, daß man die Türken noch nicht „aus Europa hinausgeworfen“ hat. Auf dieses Ziel drängt Herr v. Girardin mit aller Macht hin, und er wünscht nichts sehnlicher, als daß sich Frankreich an einem so verdienstvollen Unternehmen betheilige. Die Expeditionen nach Afrika, nach der Krim, nach Mexiko und nach Cochinchina haben offenbar Hrn. v. Girardin nicht als Lektion gebiet, sonst würde er

wissen, was für Frankreich bei der Rolle eines internationalen Gendarmen herausgekommen ist. Er scheint mit der Idee befaßt zu sein, daß, wofern Frankreich diese Rolle nicht beibehalte, Deutschland sie aufnehmen werde. Darin irrt er aber ganz gewiß. Das deutsche Volk dürft nicht nach Abenteuern, und wenn auch in dem nationalen Enthusiasmus von 1870 und 71 hier und da die Meinung ausgesprochen worden ist, fortan dürfe ohne die Zustimmung des Deutschen Reiches kein Kanonenschuß mehr in Europa abgefeuert werden, so muß doch dem gegenüber schon die Thatsache, daß seit jener Zeit gar viele Kanonenschüsse von den Pyrenäen bis zum Balkan losgegangen sind, ohne daß sich Deutschland darum gekümmert hätte, Hrn. v. Girardin darüber befehlen, daß er mit einem Appell an unseren Ehrgeiz und unsere kriegerische Unternehmungslust auf taube Ohren stößt.

**Petersburg.** [Presßprozeß gegen den ehemaligen Redakteur und jetzigen General Tschernajeff.] Kurz vor der Abreise des Generals Tschernajeff nach Serbien erschien im „Russkij Mir“ eine Korrespondenz aus Odessa über vorgefallene Unordnungen im dortigen Theater, wobei Kollisionen zwischen Publikum und Polizei stattgefunden und der Polizeimeister Mintschaki dem ersten gegenüber den Platz geräumt haben sollte. In Folge dieser Mittheilung hat Herr Mintschaki um gerichtliche Verfolgung M. G. Tschernajeff's und des Verfassers der Korrespondenz wegen der gegen ihn gerichteten, fälschlichen Beschuldigung der eines Militärs unwürdigen Feigheit.“ Die Angelegenheit wurde dem Untersuchungsrichter des 13. Bezirks der Residenz übergeben. Da Tschernajeff aber nach Serbien abgereist war, so mußte die Sache ad acta gelegt werden. Unter dessen drängt aber Herr Mintschaki auf raschere Beendigung und hat sich dieserhalb an den Profekureur der Palate gewandt. Wie dem „Sind. West.“ mitgetheilt wird, ist die Sache besonders deshalb interessant, weil der Untersuchungsrichter, um offizielle Angaben über den gegenwärtigen Aufenthaltsort Tschernajeff's zu erhalten, sich einige Mal an die Polizei gewandt hat, aber jedesmal die Antwort erhielt: „Tschernajew sei ins Ausland gereist, wohin aber, sei unbekannt.“ In Folge dieser Antwort und in Berücksichtigung des Umfandes, daß die Gerichtspalate nicht immer dem Untersuchungsrichter das Recht eingeräumt, sich auf Zeitungsnachrichten zu stützen, bleibt dem Untersuchungsrichter nur die Möglichkeit, anzunehmen, daß M. G. Tschernajew ins Ausland gereist sei, und auf Grundlage der Art. 846–852 des Kriminal-Gesetzbuchs das Gericht um Erlass einer Zitation an Tschernajew in den Zeitungen, die in ausländischen Sprachen erscheinen, und um Ergreifung der Maßregeln zu bitten, welche sonst gegen Angeklagte, deren Aufenthaltsort unbekannt, angewandt werden. Bei dieser Lage der Sache wird dem Untersuchungsrichter nichts übrig bleiben, als das Ende des Krieges abzuwarten und sich dann einem Disziplinarprozeß wegen Saumnisigkeit in seiner Amtsführung zu unterwerfen, der aber jedenfalls einen günstigen Ausgang für ihn nehmen wird.

**Cettinje**, 25. September. Montenegro willigte in die Verlängerung der Waffenruhe auf acht Tage, bis zum 2. Oktober.

Siebzehnter Kongreß deutscher Volkswirthe.

II.

(H. F.) **Bremen**, 26. September.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst in die gestern vertagte Debatte über: die Erneuerung der Handelsverträge eingetreten und erhielt zunächst das Wort: der Handelskammer-Sekretär Bueck (Düsseldorf): Es habe ihn (Medner) sehr gefreut, daß der Referent bezüglich des zu behandelnden Themas sich gestern so unparteiisch geäußert habe. Es sei dagegen bedauerlich, daß die liberale Presse die Schutzöllner mit so großem Hohn behandle. Auch er (Medner) sei der Ansicht, daß Abschluß von Handelsverträgen nothwendig, daß dieselben aber allgemein günstig gewirkt, müsse er bestreiten. Das einzige Land, in dem die Handelsverträge ein günstiges Resultat gezeigt, sei Frankreich. In England und Deutschland könne man kein günstiges Resultat aus den Handelsverträgen konstatiren. In England sei seit 1873 die Einfuhr progressiv viel größer gewesen als die Ausfuhr. In Deutschland sei dieser Uebelstand schon seit 1864 zu konstatiren. Immer größer werde in Deutschland die Ausfuhr von Rohstoffen, die von anderen Nationen verarbeitet werden. Er proponire die Annahme folgender Resolution: „1. Bei dem bevorstehenden Ablauf der Handels- und Schiffahrts-Verträge mit anderen europäischen Staaten empfiehlt sich deutscherseits die Erneuerung ernstlich zu ersehnen. 2. Die Unterhandlungen müssen geführt werden mit Rücksicht auf die Verhältnisse, welche die Beziehungen zu den Ländern ergeben, deren gewerbliche und industrielle Thätigkeit derjenigen Deutschlands überlegen ist und zwar in der Richtung, daß Deutschland mit den mitkonkurirenden Nationen nicht in Nachtheil gesetzt und daß erforderlichen Falls auch auf dem Wege von Kompensationen die Vortheile der kontrahirenden Staaten beiderseitig gewahrt werden, so daß in dieser Weise das Gedeihen von Handel und Industrie zu fördern ist. 3. In Erwägung, daß mit Rücksicht auf die heutige Vollkommenheit der Verkehrsverhältnisse die Möglichkeit der Stipulirung von Differentialzöllen ausgeschlossen ist, hält der Kongreß für die Dauer der neuen Handelsverträge die Festsetzung derselben Zollsätze allen Ländern gegenüber, mit denen Verträge geschlossen werden, für erforderlich, wenn die Änderungen nur im Sinne des Abzuges vorgenommen werden. 4. Neue verkehrsleichternde Zollverträge erscheinen wünschenswerth, insbesondere mit Rußland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika.“

Redakteur Dr. Wolff = Stettin: England sei keineswegs radikal freihändlerisch. Wenn die Einfuhr dauernd größer sei als die Ausfuhr, so müsse das Land reich werden. Man dürfe nicht außer Acht lassen, daß nach dem letzten deutsch-französischen Kriege Deutschland naturgemäß mehr einführen als ausführen mußte, während in Frankreich das Umgekehrte nothwendig gewesen. Wohl müsse er die unenbliche Wirtschaftlichkeit der Franzosen rühmen. Man habe in Folge der erfochtenen Siege geglaubt, den Franzosen schon in allen Dingen überlegen zu sein. In Deutschland begegne man in fast allen Gesellschaften großer Verwundung. (Lebhafter Widerspruch.) Aber mache man doch die Gesetzgebung nicht dafür verantwortlich — Es gebe beispielsweise in Deutschland eine Fabrik, in der Materialien zu Pferdebeschlägen anfertigt werden. Diese Fabrik könne nur schwedisches Eisen gebrauchen. (Gelächter in den Reihen der Schutzöllner.) Diese Fabrik müsse nun für 30,000 Etr. Eisen, das sie mindestens alljährlich aus Schweden beziehe, 20,000 M. Zoll zahlen. Die meisten Hufschmiede in Deutschland entnehmen aus dieser Fabrik ihre Bedürfnisse. Tragen vielleicht diese 30,000 M. Zoll auch zur Ver-



günstigung der deutschen Klein-Industrie bei? (Lebhafter Beifall und heftiger Widerspruch.)

Redakteur Dr. Stöpel (Frankfurt a. M.): Er erkläre sich für autonome Tarife. Im Weiteren müsse er bemerken, daß England sich ganz energisch vor der belgischen Konkurrenz schütze. (Rufe: Auch vor Deutschland! Große Heiterkeit.) Dr. Stöpel: Ja wohl meine Herren, auch vor Deutschland, es schütze sich einfach und damit basta. (Wiederholte Heiterkeit.)

Redakteur Dr. Herzka (Wien) wendet sich zunächst gegen die von gegnerischer Seite angezogenen Schlussfolgerungen in Sachen der Handelsbilanz. Auf internationalem, industriellen Gebiet — so fuhr der Redner ab dann fort — herrsche gegenwärtig ein allgemeines Versteckspiel. Es fürchte sich immer eine Nation vor der Konkurrenz der anderen. Wenn man den Grundfals aufstelle: eine größere Einfuhr als Ausfuhr sei ein wirtschaftliches Unglück, dann sage man dafür, daß bei dem nächsten Kriege, den Deutschland mit Frankreich vielleicht wieder einmal führen dürfte, Deutschland geschlagen werde. (Lautes Gelächter auf Seiten der Schutzvölker.) Ja dann würde nach Beendigung des Krieges naturgemäß die Ausfuhr die Einfuhr in Deutschland übersteigen und nach Ansicht der Herrn Schutzvölker würde alsdann Handel und Industrie flühen. (Beifall und Widerspruch.) In fast allen Ländern erfreuen sich gerade die meist begüterten des Schutzes ihrer Industrien. In England existieren beispielsweise im Ganzen 30.000 Großgrundbesitzer und diese genießen des Schutzes am längsten. Ähnliches sei auch allen Ländern zu verzeichnen. In Oesterreich z. B. verlangen nicht die hungernden Weber, sondern neben dem reichen Tuchfabrikanten und Spinnern, hauptsächlich die in ganz Oesterreich existierenden sechs Rattun-Druck-Fabrikanten, die alle ein Vermögen von vielen Millionen Mark besitzen, einen höheren Schutz. Die Frage: „Schutz oder Freihandel in concreto“ sei eben eine Machtfrage. Ueberzeugen werden die Schutzvölker die Freihändler und wohl auch umgekehrt nicht. Wer in dieser Angelegenheit die Macht besitze, der habe den Sieg. (Stürmischer Beifall und Widerspruch.)

Dr. Grathe (Berlin): Die Handelskammern seien nicht kompetent, über alle Industrien ein maßgebendes Urtheil abzugeben. In Frankreich andere man nicht bestehende Handels- und Verkehrsbestimmungen auf Grund einseitiger Enquete; dort frage man vorher alle beteiligten Kreise. Daß dies in Deutschland nicht geschehen, sei als Mit-Ursache des gegenwärtigen wirtschaftlichen Nothstandes zu betrachten. (Widerpruch.) Die „Schutzvölker“, oder wie sie sich selbst nennen: „die Vertheiliger der nationalen Arbeit“, fürchten die ausländische Konkurrenz in keiner Weise. Sie wollen nur eine gewisse Stabilität für die nationale Arbeit schaffen.

Handelskammersekretär Dr. Eras (Breslau) beantragte: Die Resolution der Referenten Lammers (Bremen) und Dr. Weigert (Berlin) dahin zu modifizieren, daß es am Schlusse einfach heißt: „Die neuerdings vielfach angeregte theilweise Verwendung der einseitlichen Gewichtszölle unseres Tarifs im Staffeln-Tarife (nach Analogie des französischen Tarifs) erscheint zulässig, sofern dabei der durchschnittliche Betrag der betreffenden Zölle nicht erhöht wird.“

Spinnereidirektor Hasler (Augsburg): Den Deutschen habe man im Auslande den Markt abgesperrt, hier fürchte man sich aber, trotz aller Krisen, auch nur die mindeste Kompensation eintreten zu lassen. Die Frage: ob Schutz oder nicht, sei nun nur noch eine Frage der Zeit. Bedauerlich sei es nur, daß je länger der Freihandel herrsche, desto größer und nachhaltiger sei die Schädigung auch für die Konsumenten. Das Mährchen, daß durch die Zölle die Konsumtion vertheuert werde, daß z. B. in Folge der Zölle der Arbeiter ein Hemd merklich theurer kaufen müsse, werde doch von denkenden Menschen nicht geglaubt werden. (Große Unruhe.) Er (Redner) sei wohl berechtigt zu sagen: er spreche hier im Namen der Arbeiter. (Who! Widerspruch.) Die Herren von der „Concordia“, man werde ihn (Redner) wohl verstehen, werden gewiß mit ihm den Wunsch theilen, daß unseren Arbeitern die Möglichkeit gegeben werde, sich besser zu nähren, zu kleiden und wohlthun einzurichten, als es gegenwärtig in sehr vielen Industriebezirken der Fall sei.

Fabrikbesitzer Dr. Max Weigert (Berlin): Eine kresfelder Lerche sei ihm lieber als eine Krähe, deren Domizil Redner nicht weiter bezeichnen wolle, die sich im niederen Kluge befinde. Internationale Luft sei dieser Krähe jedenfalls gefälliger, als eine Mauer, die sie hoch zu fliegen verhindere. (Beifall und Heiterkeit.) Der Freihandel habe die deutsche Industrie wahrhaftig nicht ruiniert. Die Ueberproduktion, das Gröndelthum, das schlechte Transport- u. Kreditwesen in Deutschland u. s. w. tragen wesentlich die Schuld hieran. Die amerikanische Industrie sei durch die hohen Schutzzölle geradezu ruiniert worden. Wohl sei der amerikanische Arbeiter bisweilen besser genährt als der deutsche; dasselbe sei aber auch von dem freihändlerischen England und zwar in viel günstigerer Weise zu konstatieren. In Amerika sei beispielsweise in den letzten 10 Jahren der Konsum der Cerealien progressiv zurückgegangen. Er (Redner) bestreite Hasler ausdrücklich das Recht, im Namen der Arbeiter hier zu sprechen. Der Zentral-Rath der deutschen Gewerksvereine habe nämlich den anwesenden Herrn Bürgermeister Wolff (Großenhain) beauftragt im Sinne der deutschen Gewerksvereine und zwar in freihändlerischer Weise auf dem gegenwärtigen Kongresse zu wirken. Er (Redner) könne bei Aufstellung von Enquêtes auch nicht allein die Groß-Industriellen für kompetent erachten. Auch die Konsumenten seien bei einer vollständigen und wirklich umfassenden Enquete zu hören. Bei dem geschätzten großen Import sei zu erwägen, daß eine große Anzahl Rohprodukte nach Deutschland kommen, die nach ihrer Verarbeitung wieder exportirt werden. (Beifall.)

Gegen eine große Minderheit wurde nunmehr der Antrag des Herrn Bued (Düsseldorf) und ein ähnlicher von Dr. Stöpel (Frankfurt a. M.) gestellt, abgelehnt, dagegen folgender von den Herren Lammers (Bremen) und Dr. Weigert (Berlin) proponirter angenommen. Bei dem bevorstehenden Ablauf der Handels- und Schiffsabts-Verträge mit anderen europäischen Staaten empfiehlt sich deutscherseits deren Erneuerung ernstlich zu erstreben. Die Unterhandlungen müssen auf Erleichterung der Aus- und Einfuhr gerichtet sein. Auf Gleichheit der beiderseitigen Zollsätze auszugeben hat als allgemeines Verhandlungsprogramm wegen der Vielheit der Verträge keinen Sinn und ist im einzelnen Falle nur zulässig in der Richtung auf den niedrigeren Satz. Die Regel muß, wie bisher, unsererseits Verallgemeinerung aller der Zollermäßigungen sein, welche einem einzelnen fremden Staate bewilligt werden und von der anderen Seite für Deutschland Erlangung der Rechte der meistbegünstigten Nation. Neue vertheiligernde Zollverträge erscheinen wünschenswerth, insbesondere mit Rußland und den vereinigten Staaten von Nordamerika.

Gef. Kommerzienrath Baare (Böckum) sprach alsdann über die „Eisenzölle“. Der Redner bemerkte: Die Lage der deutschen Eisen-Industrie sei eine solche, daß, wenn jetzt die Zölle fallen, diese Industrie überhaupt aufhöre. Man werde vielleicht sagen: eine Industrie, die nicht anders als auf Kosten der Allgemeinheit bestehen könne, sei ungesund und müge untergehen. Er verlange aber gar keinen Schutz oder gar eine Zollerböschung, aber man ruiniere eine Industrie im Vaterlande, auf die man regierungsseitig einmal mit Stolz herabgesehen habe, wenn man die gegenwärtigen Eisenzölle jetzt aufhebe. Die Millionen von Menschen, die in Folge dessen brodeln würden, seien doch wohl auch zu berücksichtigen. Die deutschen Eisen-Industriellen seien jetzt auf einem Standpunkte angelangt, daß sie mit Professor Leo in Halle sich einen frischen, fröhlichen „Krieg“ wieder wünschen. (Hört, hört!) Ja es sei traurig, daß man so weit gekommen sei; aber bei einem Kriege gebe es doch wieder Konjunkturen und verbänden können die deutschen Eisen-Industriellen nicht mehr das Mindeste. Schaffe man in Deutschland Verkehrsmittel, wie solche in England bestehen, dann werde Niemand Schutz verlangen. Man müsse in Deutschland im Sommer und Winter das Eisenerz per Eisenbahn transportieren. In Ueberproduktion habe die deutsche Eisenindustrie niemals gekrank. Er (Redner) wolle nichts gegen die liberale Gesetzgebung der letzten Jahre, insbesondere gegen die deutsche Gewerbe-Gesetzgebung einwenden; aber das Faktum müsse er erwähnen: das Unfall-Gesetz sowohl als auch die Gewerbeordnung habe die deutsche Eisen-Industrie nicht unwesentlich geschädigt. Ein Redner habe bei-

spiele aus Oesterreich angeführt. Wäge dieser Herr dafür sorgen, daß in Oesterreich der Zoll auf Eisen der dort 30 pCt. betrage auf 10 pCt. herabgesetzt werde, dann verlange er gar keinen Schutz Zoll gegenüber Oesterreich. Oesterreich könne ebenso vorthellhaft arbeiten als Deutschland; wenn es dies nicht thue, dann liege es an seiner Trägheit. Die eisen-lothringische Eisenwalzwerke seien genöthigt 40 pCt. Zoll an Frankreich zu zahlen, während das französische Eisen nunmehr zollfrei nach Deutschland kommen soll. Er (Redner) könne nicht umhin dieses Faktum als eine Schmach für Deutschland zu bezeichnen. (Stürmischer Beifall und Widerspruch.) Er beantrage die Annahme folgender Resolution: „In Rücksicht auf den offenkundigen Nothstand, in dem sich die Eisen-Industrie befindet, sowie unter Hinweisung auf den bevorstehenden Abschluß neuer Handelsverträge empfiehlt der volkswirtschaftliche Kongreß die Aufhebung der Eisenzölle bis auf Weiteres zu vertragen.“

Kaufmann B. Hilppson (Düsseldorf): Krisen habe es immer gegeben; schon 1859 verlangte man zur Befämpfung des Nothstandes Schutzzölle für Eisenprodukte, ohne sowohl damals als auch heute daran zu denken, daß das weitaus meiste Roh-Eisen von den deutschen Eisen-Industriellen aus England bezogen werde. Deutschland sei genau so exportfähig wie England. Die englischen Arbeiter lassen sich beispielsweise gar keine Lohnreduktionen gefallen und wenn in England ein Arbeiter in der Fabrik verunglücke, so sei es ganz selbstverständlich, daß der Fabrikant für ihn Sorge. Die deutschen Eisen-Industriellen richten sich durch ihre Schleuderpreise selbst zu Grunde (Widerpruch). Redner unterstützte seine Behauptung durch Belege und bemerkte: Geschäftsleute, die so handeln, denen würde er als Bankier allen und jeden Kredit entziehen. Die Eisenbahnen schreiben gegenwärtig Schienenlieferungen an den billigsten Lieferanten aus und erhalten Anerbietungen, über deren Preis-Offerten man erstaunen müsse. Daß die Eisenbahnen den gegenwärtigen Nothstand auszubeuken suchen, sei allerdings sehr Unrecht; eines nicht geringeren Unrechtes machen sich aber die Industriellen schuldig, die durch ihre Schleuder-Preise ihre Industrie ruinieren. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Mit 137 gegen 105 Stimmen wurde hierauf der vorerwähnte Antrag des Herrn Baare (Böckum) abgelehnt, dagegen folgender vom Redakteur Dannenberg (Hamburg) gestellter, mit derselben Majorität akzeptirt: „In Erwägung, daß die Nothlage der deutschen Eisen-Industrie keine einzelnstehende ist, sondern daß sich die Industriellen fast aller Länder im Nothstand befinden; in Erwägung, daß dieselbe eine natürliche Reaktion gegen die übermäßige vorangegangene Auspannung bildet und übrigens unter den jetzigen Zollverhältnissen entstanden ist und daß erfahrungsmäßig solchen Krisen eine gesunde Entwicklung des Geschäftslebens folgt; in fernerer Erwägung, daß der Export der deutschen Eisen- und Stahl-Erzeugung in den Jahren von 1872 1875 um 81 pCt. zugenommen, während der englische Eisen- und Stahl-Export in derselben Periode eine Verminderung von 27 pCt. zeigt; in endlicher Erwägung, daß nicht die Einfuhr vom Auslande, sondern vielmehr die maßlose Ueberproduktion des Inlandes und die unwirtschaftliche Konkurrenz, welche die inländischen Eisen-Produzenten gegen einander ausüben, den Preis ihrer Fabrikate drückt, erklärt der volkswirtschaftliche Kongreß, daß eine Aenderung der am 1. Januar 1877 in Kraft tretenden Zollgesetzgebung nicht zulässig ist.“ — Danach wurde die Sitzung bis Donnerstag vertagt.

## Gesellschaft für Reform und Kodifikation des Völkerrechts.

Bremen, 25. September.

Die erste Sitzung des Kongresses für Reform und Kodifikation des Völkerrechts fand heute von 12 bis 4 Uhr im Conventsale der neuen Börse statt. Zuvor hiedoch vereinigten sich die Mitglieder zu gegenseitiger Begrüßung in den Sälen des Club Museums, wo sich auch eine Anzahl bremser Damen und Herren, namentlich Mitglieder des Lokalkomitees eingefunden hatten. Namens des letzteren ergriff der Reichstagsabgeordnete Moste in einer Begrüßungsrede das Wort, in englischer Sprache der Vizepräsident des Kongresses, Hr. Travers Twiss von London, welcher darauf erwiderte. Um 12 Uhr begab sich die Versammlung nach dem Conventsale der neuen Börse. Hier ergriff zunächst der Präsident des Senats, Bürgermeister Pfeiffer das Wort, um der Gesellschaft im Namen der Stadt Bremen ein freundschaftliches „Willkommen auf deutschem Boden“ auszusprechen.

Auf Vorschlag des Herrn Hint Palmer wird sodann, da Lord O'Hagan, der Präsident, am Erscheinen verhindert, Herr Travers Twiss einstimmig zum Präsidenten mittelst Akklamation erwählt. Herr Twiss übernimmt das Präsidium mit Worten des Dankes und werden weiter zu Mitgliedern des Bureau's die Herren Hofgerichts-Anwalt Dr. Jacques aus Wien, Geheimrer Rath Vorchardt aus Berlin und Geheimrer Rath Krüger aus Schweden und H. S. Meier aus Bremen berufen.

Der Präsident fordert die Versammlung auf, zum Zeichen der Dankbarkeit und Anerkennung für die von dem Präsidenten des bremser Senats ausgesprochenen Gefinnungen sich von ihren Sigen zu erheben. (Geschlecht.)

Es wird sodann den Mitgliedern der Geschäftsberichte des Vorstandes der Affoziation über die seit der haager Versammlung (Sept. 1875) verfloßene Zeit vorgelegt. Daraus erhellet zunächst, daß die Zahl der Lokalkomitees der Affoziation sich um 4 (in Egypten, Schweden, Dänemark und Irland) gemehrt hat. Durch den Tod verlor die Affoziation eines ihrer thätigsten Mitglieder, den Dr. Wiles, welcher zugleich das Amt eines Generalsekretärs bekleidete. An Stelle desselben ist Herr Jentens berufen. Ferner starb der ebenfalls um die Affoziation sehr verdiente Herr Kewerby Johnson, Gesandter der Ver. Staaten. Der Bericht spricht sich sodann über den Stand der Arbeiten in den verschiedenen Fächern aus und bezeichnet als wichtigste unter den zahlreichen für die Verabreichung aufgeführten Gegenständen: das Wechselrecht, das Völkerrecht in Bezug auf die Auslieferung von Verbrechern, die Regelung des Patentrechts. Die Zahl der Mitglieder der Affoziation hat sich im letzten Jahre um mehr als 60 erhöht. — Nachdem noch 7 neue Mitglieder (6 aus Bremen, 1 aus Hamburg) aufgenommen, macht der Präsident Anzeige einer Reihe theils Entschuldigungs-, theils Zustimmungsschreiben (von dem Lordkanzler für Irland, von H. Cairns, Charles Peabody in Newyork, von den Professoren Gneist und Goldschmidt), Dr. Thomfen entschuldigt die Mitglieder aus den Ver. Staaten wegen ihres Ausbleibens, dieselben seien durch die bevorstehende Präsidentenwahl und die Zentennialausstellung am Erscheinen behindert.

Die Versammlung geht sodann zur Verabreichung des internationalen Wechselrechts über. Es liegt ein Kommissionsbericht vor, der als ein vorläufiger bezeichnet wird. Die Kommission hat sich mit einer Reihe namhafter juristischer Kenner der Materie in verschiedenen Ländern in Verbindung gesetzt. Auf Grund der Erörterungen der haager Versammlung hat sich die Kommission der Aufgabe unterzogen, gewisse Grundzüge zu fixieren, welche als Basis des künftigen internationalen Wechselrechts dienen könnten. Es war nicht thöricht und auch aus manchen Gründen nicht zweckmäßig, einen förmlichen Gesetzentwurf schon jetzt auszuarbeiten, vielmehr eimigte sich die Kommission zunächst nur über eine Reihe Fundamentalarundzüge. Nachdem dieselben von der Versammlung durchdiskutirt und mit oder ohne Abänderungen angenommen, sollen sie den Lokalkomitees der Affoziation in den verschiedenen Ländern zur Prüfung vorgelegt werden. Die Kommission hofft, daß auf diesem Wege bis zur nächsten Versammlung ein wenigstens in den Hauptpunkten durchgearbeiteter, reifer Gesetzentwurf zu Stande kommen werde. Folgendes sind die von der Kommission vorgelegten und von der Versammlung mit einer einzigen nach kurzer Diskussion zu Punkt 9 beliebigen Vorabänderung genehmigten Grundzüge (welche im Wesentlichen mit der deutschen Wechselordnung übereinstimmen):

1) Die Wechselfähigkeit ist bedingt durch die Fähigkeit, sich durch Verträge zu verpflichten. 2) Der Wechsel muß die Bezeichnung aus Wechsel in der Urkunde enthalten. 3) Das Valutenbekenntniß ist kein Erforderniß des Wechsels oder des Inbessments. 4) Ufwechsel sind

unzulässig. 5) Die Uebertragbarkeit an Dritte kann nur durch ausdrückliches Verbot im Wechsel oder im Inbessment ausgeschlossen werden. 6) Wechsel auf Ueberbringer sind unzulässig. 7) Die distantia loci ist kein Erforderniß des Wechsels. 8) Das Blanketindossament ist ungültig. 9) Durch das Indossament eines verfallenen und nicht Mangels Zahlung protestirten Wechsels erlangt der Inbessator die Rechte gegen den Akzeptanten und Negrefrechte gegen die Nachindossanten. Ist die Protesterhebung erfolgt, so hat der Inbessator nur die Rechte seines Indossanten gegen die Akzeptanten, den Aussteller und die Vorindossanten. 10) Die Annahme hat schriftlich auf der Urkunde zu geschehen. Es genügt für dieselbe, wenn der Bezogene seinen Namen oder seine Firma auf die Vorderseite der Urkunde schreibt. 11a) Der Bezogene kann die Annahme auf einen Theil der Wechselsumme beschränken. b) Die Streichung der einmal geschriebenen Annahme ist wirkungslos. 12) Respekttage sind unzulässig. 13) Der Wechselinhaber ist bei der Negrefnahme an die Reihenfolge der Indossamente und an die einmal getroffene Wahl nicht gebunden. 14) Protesterhebung oder Notirung des Protestes ist für Wahrung des Negrefses unerlässlich. 15) Die unterlassene Notifikation Mangels Annahme oder Mangels Zahlung hat nicht den Verlust der Wechselsumme, wohl aber die Verpflichtung zum Schadenersatz zur Folge. 16) Die Protestfrist soll wegen höherer Gewalt für die Dauer der Störung, aber niemals über eine kurze, durch das Gesetz zu bestimmende Frist hinaus erstreckt werden. 17) Die kassatorische Klausel ist bei Wechselduplikaten nicht erforderlich. 18) Die Wechselklage kann gleichzeitig gegen alle, einige oder einen Wechselpflichtigen angestrengt werden.

Zugleich spricht die Versammlung die Ueberzeugung aus, daß im Falle des Anstretens eines gemeinsamen Wahlrechts der Autonomie der Parteien, sowie dem Gewohnheitsrechte neben dem Gesetze oder gegen dasselbe keine Wirksamkeit gewährt werden soll. Diese Beschlüsse sollen in der morgen stattfindenden Versammlung in englischer und deutscher Sprache gedruckt zur definitiven Genehmigung vorgelegt werden. Die Versammlung wird darauf um 3½ Uhr Nachmittags geschlossen. Auf der Tagesordnung der morgigen Verhandlung steht zunächst: Internationales Recht wegen Auslieferung von Verbrechern.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 28. September.

r. Die Kassenverwaltung des ehemaligen erzbischöflichen General-Konsistoriums zu Posen ist nach der Uebernahme dieser Verwaltung durch den Staat einer sehr eingehenden Revision, welche lange Zeit dauerte, unterzogen worden, und haben sich dabei verschiedene Unregelmäßigkeiten herausgestellt, die sich auf einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren zurückverfolgen; die Defekte belaufen sich auf den Gesamtbetrag von über 60.000 Thlr. Zunächst wäre dafür der frühere Konsistorial-Rendant Janowicz verantwortlich zu machen, der auch nach Einführung der staatlichen Vermögensverwaltung in seinem Amte verblieben, und bekanntlich vor einigen Monaten gestorben ist. Da derselbe keine leiblichen Erben hinterlassen hat, an die man sich wegen der vorgekommenen Defekte halten könnte, so sollen, wie man hört, die früher mit dem Amte der Kassen-Kuratoren betraut gewesen Domherren, resp. deren Erben zur Deckung der Defekte herangezogen werden. Es waren dies der erste geistliche Rath, Domherr Grandle und der verstorbene Justitiar und Syndikus Wegner; außerdem soll, wie man hört, der frühere Registrator im erzbischöflichen Präsidial-Bureau mit verantwortlich gemacht werden. — Der verstorbene Rendant Janowicz hatte ein Gehalt von nur 600 Thlr. und besaß kein eigenes Vermögen.

— Das die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staats betreffende Gesetz vom 28. v. M. hat auch die Folge, daß die seit 1816 beziehentlich 1867 bestehenden Ausgaben der polnischen und dänischen Gesefsammlung und die polnischen Ausgaben der Amtsblätter nunmehr gänzlich wegfallen. Statt der polnischen und dänischen wird für die laufende Bezugszeit die deutsche Ausgabe der Gesefsammlung geliefert, und die nächste Nummer der letzteren wird lediglich in deutscher Sprache erscheinen. Ein k. Erlaß vom 20. Juni 1816 hatte nämlich bestimmt, daß, nachdem die älteren Gesetze, als Landrecht, Gerichtsordnung u. s. w. „zum Gebrauche im Großherzogthum Posen“ ins Polnische übersezt worden, die Gesefsammlung in einer angemessenen Zahl von Exemplaren „mit einer polnischen Uebersetzung“ erscheinen sollte. Ebenso wurde bestimmt, daß die in den Regierungsbezirken Posen und Bromberg erscheinenden Amtsblätter „gleichfalls deutsch und polnisch“ ausgegeben werden. — In gleicher Weise wurde durch einen k. Erlaß vom 13. April 1867 das Erscheinen einer dänischen Uebersetzung der Gesefsammlung gestattet. Bei allen diesen Uebersetzungen blieb der deutsche Text das eigentliche Gesetz und mußte bei etwaiger Dunkelheit der Erklärung zu Grunde gelegt werden.

— Die „Gazetta Torunská“ bringt die kurze Meldung, der staats-treue Prospekt Kolanys aus Murzyno, der seine Pfarre in Kleszewo aufgab und die Prospekt zu Murzyno von der Staatsregierung erhielt, habe sich nach Rom an den Kardinal Ledochowski gewandt, um die kanonische Institution nachzusuchen. Ledochowski hat ihm darauf eine abschlägige Antwort ertheilt. — Demselben Blatte zufolge hat der staats-treue Pfarre A. v. Krecki auf die ihm übertragene Prospekt in Bobowo (Westpreußen) durchaus nicht Verzicht geleistet, wie die ultramontanen Blätter meldeten, sondern gedenkt seine Präsente ruhig zu behalten.

— In den Wahlen. In unserer Stadt entwickelt das polnische Wahlkomite eine große Thätigkeit. Das Komitee hat sich schriftlich an mehr als 200 polnische Bürger, die wie ein polnisches Blatt meint, sich durch Eifer in der Erfüllung ihrer Bürgerpflichten auszeichnen, mit der Aufforderung gewandt, die Wählerlisten einzusehen und sich davon zu überzeugen, ob alle ihnen bekannten polnischen Wähler eingetragen sind. Jeder Aufgeforderte soll dabei die Straße vertreten, in der er wohnt und darauf halten, daß die etwa ausgelassenen Namen der Wähler in die Listen eingetragen werden.

— Greßprozeß. Der Chefredakteur des „Kurier Poznański“, der Geistliche Dr. Anton Kantek stand gestern vor der Kriminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts unter der Anklage, durch Abdruck eines Briefes, welchen der Papst an den früheren Erzbischof Ledochowski gerichtet hatte, das preußische Ministerium beleidigt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte eine einmonatliche Gefängnisstrafe, wogegen der Verteidiger Herr v. Jazdzewski nachzuweisen suchte, daß der inkriminirte Ausdruck „feindlich gesinnte Macht“ keine Beleidigung des Ministeriums enthalte. Der Gerichtshof verurtheilte auf eine Gefängnisstrafe und verurtheilte den Angeklagten zu 300 Mk. Geld-buße. — Bemerkte sei noch, daß Herr Kantek nur die eine inkriminirte Nummer des „Kurier“ als verantwortlicher Redakteur bezeichnet hatte.

r. Zur Umpflasterung einer größeren Anzahl von Straßen unserer Stadt sind neulich von der Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag des Magistrats 12.000 Mk. bewilligt worden, und wird gegenwärtig auch bereits an einzelnen Stellen mit den Pflasterungsarbeiten begonnen. Hoffentlich gehört zu den umzu-



**Antwerpen**, 27. September. Getreidemarkt geschäftslos. Petroleummarkt (Schlussbericht). Raffinirtes Type weiß, loco 49½, bez. u. Br., pr. September 49½ Br., pr. Oktober 49½ Br., pr. Oktober 49½ Br., pr. Oktober-Dezember 49½ Br. Ruhig.

**Liverpool**, 27. September. Baumwolle: (Schlussbericht). Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Amerikaner auf Zeit 1/32 billiger.

**Bonds-Course.**  
Frankfurt a M., 27. September. Bismlich belebt und fest auf allen Gebieten.



Produkten-Börse.

Berlin, 27. Sept. Wind: S. Barometer: 27,11. Therm. 13° R.  
Witterung: Anhaltender Regen.  
Weizen loco per 1000 Kilogr. M. 180-220 nach Qual. gef.,  
per diesen Monat 198,5-199,5 bez., Sept.-Okt. do., Okt.-Novbr.  
199-200,5 bez., Novbr.-Dezbr. 201,5-203 bez., Jan.-Febr.  
Febr.-März 208,5-209,5 bez., loco per 1000 Kil. 146-185 nach  
Qual. gef., russ. 147-149,5 ab Bahn bez., neuer inländ. 174-183 ab  
Bahn bez. - Roggen per diesen Monat 151,5-152,5 bez., Sept.-Okt.  
do., Okt.-Novbr. 152-153 bez., Novbr.-Dezbr. 154-154,5-  
154 bez., Dezbr.-Jan., Jan.-Febr. April-Mai 158-158,5 bez.,  
Gerste loco per 1000 Kilogr. M. 130-175 nach Qual. gef. - Hafer  
loco per 1000 Kilogr. 128-168 nach Qual. gef., ost- und westpr.  
146-162, russ. 130-153, neuer pomm. 160-165, neuer schles. 155-  
162, galiz. 145-153, böhm. 161-165, ab Bahn bez., per diesen Monat  
152,5-153,5 bz., Sept.-Okt. do., Okt.-Nov. 148,5 G., Nov.-Dez.  
148 bz., Jan.-Febr., April-Mai 151,5-152 bez. - Erbsen  
per 1000 Kil. nachwaare 169-200 nach Qual., Futterwaare 160-163  
nach Qual. - Naps per 1000 Kil. - Rübsen - Leinöl loco  
per 100 Kil. 100 Kilogr. ohne Fass 59 M. - Rübsöl per 100 Kilogr.  
loco ohne Fass 70 bez., mit Fass per dief. Mon. 70,3-70,6 bz.,  
Sept.-Okt. do., Okt.-Nov. 70,5-70,7 bez., Nov.-Dez. 71,2-71,6  
bez., Dezbr.-Jan., Jan.-Febr., Febr.-März, April-Mai 72-72,5 bez.  
- Petroleum (raff.) (Stand. white) per 100 Kilogr. mit Fass loco  
45 bez., per diesen Monat 42,3-42,4 bz., Sept.-Okt. 42,3-42,5 bez.,  
Okt.-Nov. 42,5 bz., Novbr.-Dezbr. 42,5-42,7 bez., Dezbr.-Jan.  
42,2-42 bez., Jan.-Febr., April-Mai. - Spiritus per 100 Liter  
a 100 pCt. = 10,000 pCt. loco ohne Fass 51,4 bz., loco mit Fass  
per dief. Mon. 51,5-51,8-51,6 bz., Sept.-Okt. do., Okt.-Novbr.  
50,3-50,4 bz., Nov.-Dezbr. 50,2-50,5-50,2 bz., Jan.-Febr.,  
Jan.-Febr., Febr.-März, März-April, April-Mai 52-52,4-52,2  
bz. - Mehl Nr. 0 28,50-26,50, Nr. 0 u. 1 26,50-25,00, Roggen

genmehl Nr. 0 25 00-23 50 Nr. 0 u. 1 22,25-22,00 per Kil. Brutto  
inkl. Sad. - Roggenmehl 0 u. 1 22,25-22,00 per Kil. inkl. Sad. per  
dief. Monat 22,75-23 bz., Sept.-Okt., 22,60-70 bz., per Okt.-Novbr.,  
22,25-22,30 bez., per Nov.-Dezbr. 22,15-22,20 bz., p. Dez.-Jan. 22 20  
bez., Jan.-Febr. do., p. April-Mai 22,20-22,30 bz. (B. u. S. 3.)  
Stettin, 27. September. An der Börse. (Amtlicher Be-  
richt.) Wetter: veränderlich, +12° R. Barometer 28,2. Wind: NO.  
- Weizen fest, per 1000 Kilo loco gelber 170-201 M., weißer  
190-204 M., per Sept.-Okt. 200,5 M. bez., 201 Br., per Okt.-  
Novbr. do., per Nov.-Dezemb. 201 Gd., 201,5 Br., per Frühjahr  
208-208,5-208 bez. - Roggen fest, per 1000 Kilo loco inländischer  
159-175 M., russischer 139-151 M., per September-Okt. 145-146  
bis 145,5 bez., per Okt.-Nov. 145-146-145,5 bez., per Nov.-Dez.  
148-149-148,5 bez., per Frühjahr 154,5 bez., per Mai = Juni 155,5  
Br. - Gerste matt, per 1000 Kilo loco Futter = 128-140 M., Malz  
160-166 M. - Hafer wenig verändert, per 1000 Kilo loco alter  
150-170 M., neuer 144-154 M., per Sept.-Okt. 148,5 bez., per  
Frühjahr 152,5 Gd. - Erbsen fest, per 1000 Kilo loco 148-163 M.,  
Frühjahr Futter = 149 bez. u. Gd. - Winterweizen fest, per 1000 Kilo  
loco 310 bis 321 M., per Sept.-Okt. 328 bez. u. Gd., April-Mai  
338 Br. - Winterroggen per 1000 Kilo loco 312 bis 323 M. - Rübsöl  
feiter, per 100 Kilo loco ohne Fass 72 Br., Sept.-Okt. 70,5 bez. u.  
Gd., per Okt.-Novbr. und per Novbr.-Dez. do., per April-Mai 72,5  
Gd. - Spiritus etwas feiter, per 10,000 Liter Proz. loco ohne  
Fass 50,1-50,2 bez., per Sept. 49,6 Br., per Sept.-Okt. 49,3 bez.,  
per Okt.-Nov. 48,8 bez., per Novbr.-Dezbr. 48,4 Gd., per Frühjahr  
50,5-50,6 bez. - Angemeldet: 6000 Ctr. Weizen, 6000 Ctr. Roggen,  
200 Ctr. Rübsöl, 1200 f. Petroleum. - Regulierungspreis für Rind-  
ungen: Weizen 200,5 M., Roggen 145,5 M., Rübsöl 70,5 M., Spi-  
ritus 49,6 M. - Petroleum loco 20-20,5 M. bez., Regulierungspreis  
20 M., per Sept.-Okt. 20 M. bez., per Oktober-November 20,25 bez.,  
per Novbr.-Dezember 20,5 bez.  
Deutiger Landmarkt per 1000 Kilo: Weizen 196-201 M., Roggen

168-180 M., Gerste 165-168 M., Hafer 147-153 M., Erbsen 156-  
168 M., Kartoffeln 42-51 M., Heu 2,5-3 M., Stroh 48-54 M.  
(Nähe J. 3.)  
Breslau, 27. Septbr. (Amtlicher Produktenbörse-Bericht.) -  
Roggen (per 2000 Pfd.) fest, gekünd. - Ctr., abgel. Rindungsscheine  
- per Sept. u. Sept.-Okt. 155 B., 154,50 G., Okt.-Novbr. 154 B.,  
153,50 G., Novbr.-Dez. 152 G., Dezbr.-Jan. - Jan.-Febr. -  
März-April - April-Mai 156 B., 155,50 G. - Weizen 187 B.,  
gef. - Ctr., per Sept.-Okt. 187 B., Okt.-Novbr. - Gerste -  
- Hafer 136 B., gef. - Ctr., per Sept.-Okt. 136 B., Okt.-Nov.  
- Nov.-Dezbr. - April-Mai 140,50 B. - Raps 305 B., gef. -  
Ctr. - Rübsöl still, gef. - Ctr., loco 69,50 B., per Septbr. 69 B.,  
Sept.-Okt. 68,50 B., 68 bz., Okt.-Novbr. 68,50 B., Novbr.-Dezbr.  
68,50 B., April-Mai 69 B. - Spiritus ruhig, loco 50,30 B., 49,50 G.,  
gef. - Liter, per Sept. 50,30-50,10 bz. u. B., Sept.-Okt. 49 bz.,  
Okt.-Novbr. 48 G., Nov.-Dez. 48 G., Dezbr.-Januar 48 G., Jan.-  
Februar - Febr.-März - März-April - April-Mai 49,50 B. -  
Zink ruhig, aber fest.  
Die Börsen-Kommission. (B. S. 31.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
27. Sept.	Nachm. 2	27" 7" 59	+ 14° 7	S 0-1	trübe, Ni.
27. "	Midd. 10	27" 7" 21	+ 10° 8	S 0-1	bedeckt, Ni.
28. "	Morgs. 6	27" 6" 87	+ 10° 9	SW 0-1	bedeckt, Ni. )

) Regenmenge: 23,6 Pariser Kubikfuß auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26. Septbr. Mittags 0,76 Meter.  
" 27. " 0,78

Berlin, 27. September. An der heutigen Vorbörse war die  
günstige Auffassung der politischen Verhältnisse, welche gestern vor-  
herrschte, neuen Befürchtungen gewichen. Die Nachrichten über die  
Waffenstillstandsfrage und über die Friedensaussichten lauteten wider-  
sprechend, und boten zu verschiedenen Auslegungen Anlaß. Die Spe-  
kulation schied daher eine starke Ermattung in Aussicht zu nehmen  
und um so mehr, als auch aus Wien keine günstigen Meldungen vor-  
lagen, ebenso hatten die gestrigen Abendbörsen eine kleine Verstimmung  
gezeigt. Doch dürfte dieselbe wohl mehr auf Realisationen zurückzu-  
führen sein, zu denen der hohe Coursstand immer noch einladet, als

auf thatsächliche politische Beunruhigungen. Dieselben traten auch  
vollständig in den Hintergrund, als das „B.-Z.“ frieblicher Nach-  
richten aus Petersburg brachte. Der Verkehr befestigte sich, blieb je-  
doch geringfügig und beschränkte sich vorzugsweise auf Kreditaktien  
und Franzosen, sowie auf Diskontokommandit-Antheile und Loose.  
Die Course waren um Kleinigkeiten herabgesetzt; doch herrichte trotz  
der weichenen Depots Kauflust zu den billigeren Preisen vor.  
Fremde Renten stellten sich etwa 1/4 Prozent niedriger, Italiener  
matt. Auch andere auswärtige Staatsanleihen und Prioritäten eher  
angeboten und ruhig. Lombarden matt. Lokale Anlagewerthe waren

in stillem, aber festem Verkehr. Ebenso waren andere Aktien ohne  
Leben. Eisenbahnwerthe wenig fest, Halberstädter und Galizier ange-  
boten. Banken behauptet, Bergwerke und Industriewerthe ruhig.  
Geld ansehend. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs hoben sich na-  
mentlich Kreditaktien auf fortgesetzten Deckungen. Auch die zweite  
Stunde verlief fest. Per Okt. notiren wir: Franzosen 476,50 6-7, 50-476,  
Lombarden 134-4, 50-3, 50, Kreditaktien 267-6-269, Raurabritte  
68,50-69, Diskontokommandit-Antheile 119,75-120,25-119,75, Apler-  
becker gewannen 1,50, Arenberger und Bochumer A. je 1, Lit. B.  
verlor 1, Georg-Marienhütte 0,50. Der Schluß war recht fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 27. September 1876.

Preussische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	104,60 bz
do. neue 1876	97,20 bz
Sächs-Anleihe	96,90 bz
Sächs-Schuld.	93,90 bz
Kur- u. Anm. Sch.	90,75 bz
Pr.-Schuld.-Dbl.	102,00 bz
Berl. Stadt-Dbl.	93,00 bz
do. do.	100,50 bz
do. do.	102,60 bz
do. do.	100,75 bz
Pfandbriefe:	
Berliner	101,50 B
do.	105,00 B
Brandb. Central	95,60 bz
Kur- u. Anm. Sch.	85,00 B
do. neue	85,00 B
do. do.	94,60 bz
do. neue	102,25 B
R. Brandb. Cred.	85,40 bz
D. Preussische	95,75 B
do.	101,80 bz
Pommersche	85,50 B
do.	94,60 bz
do.	102,60 B
Posenische, neue	94,50 B
Sächsische	96,50 B
Schlesische	88,25 B
do. alte A. u. C.	94,20 B
do. A. u. C.	101,60 B
do. II. Serie	106,25 B
do. neue	83,25 B
do.	94,20 B
do.	101,60 B
do. II. Serie	106,25 B
do. neue	20,375 B
do.	16,25 B
Dollars	4,18 G
Imperial	16,60 G
do. 500 Gr.	1395,00 G
Fremde Banknot.	
do. einlösb. Leipz.	81,10 B
Frankf. Banknot.	168,40 B
Deut. Banknot.	171,50 B
do. Silbergulden	269,10 B
Russ. Noten	

Ausländische Fonds.

Amerik. rds. 1881	100,00 bz
Pr.-B.-G.-B.-Rds.	100,00 G
do. unfr. rds. 110	102,75 bz
do. do. 100	101,00 bz
Pr.-B.-G.-B.-Rds.	100,10 bz
do. unfr. rds. 110	106,25 bz
do. (1872 u. 74)	98,30 bz
do. (1872 u. 73)	101,50 B
do. (1874)	101,50 B
Pr.-Hyp.-B. 120	99,00 bz
do. do.	100,40 bz
Schles. Bod.-Cred.	100,00 G
do. do.	94,70 G
Stett. Nat.-Hyp.	101,25 bz
do. do.	98,25 G
Kruppsche Dblg.	102,00 G
Amerik. rds. 1881	100,00 bz
do. do. 1885	99,50 bz
do. Bds. (fund.)	103,00 B
Norweg. Anl.	97,30 B
Russ. Vst. St.-B.	104,00 G
do. Goldanl.	104,00 G
Russ. Zerser	7
Deft. Pap.-Rente	56,00 bz
do. Silb.-Rente	55,25 bz
do. 250 fl. 1854	97,50 bz
do. Gr. 100 fl. 1858	312,00 G
do. Lott. A. v. 1860	103,60 bz
do. St. v. 1864	256,50 bz
Ung. St.-Gsb.-A. 5	70,40 B
do. Rente	146,10 G
do. Schatzsch. 1	88,50 G
do. do. kleine	89,25 B
do. do. II.	86,60 B
Italienische Rente	74,75 B
do. Tabak-Dbl.	102,70 bz
do. do. Aktien	
Rumänier	93,80 B
Finnische Rente	33,30 G
Russ. Centr. Bod.	87,10 G
do. Engl. 1822	
do. do. v. 1862	92,90 B
Russ. Engl. Anl.	3
Russ. fund. A. 1870	97,75 B
Russ. conf. A. 1871	92,80 B
do. do. 1872	93,10 B
do. do. 1873	93,25 G
do. Bod.-Credit	85,50 B
do. Pr. A. v. 1864	164,25 B
do. do. v. 1866	158,75 B
do. 5. A. Stiegl.	31,90 G
do. 6. do. do.	94,25 B
do. Pol. Sch.-D.	84,60 B
do. do. kleine	83,10 B
Poln. Pfd. III. C.	76,30 G
do. do.	
do. Liquidat.	68,20 B
Lütt. Anl. v. 1865	123,0 B
do. do. v. 1869	
do. Rente vollgez.	30,50 B

\*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 Z.	100 fl. 2 M.
London 1 Str. 8 Z.	3 M.
Paris 100 fr. 8 Z.	Blg. Btbl. 100 g. 8 Z.
do. do. 100 g. 8 Z.	Wien 100 Bähr. 8 Z.
Wien 100 Bähr. 8 Z.	Wien 100 Bähr. 2 M.
Petersb. 100 R. 3 B.	do. 100 Rub. 3 M.
do. 100 Rub. 3 M.	Warschau 100 R. 8 Z.
do. 100 R. 8 Z.	
*) Zinsfuß der Reichs-Bank für	
Wechsel 4, f. Lombard 5 pCt., Bank-	
diskonto in Amsterdam 3, Bremen 5,	
Brüssel 3 1/2, Frankfurt a. M. 4, Ham-	
burg - Leipzig - London 2 1/2, Paris -	
Petersburg 6 1/2, Wien 4 1/2 pCt.	
Bank- und Credit-Aktien.	
Badische Bank	103,00 G
Bl. f. Rheinl. u. Westf.	61,75 bz
Bl. f. Sprit u. Pr.-G.	58,50 B
Berliner Bankverein	84,60 G
do. Comm.-B. Sec.	59,25 bz
do. Handels-Gef.	73,50 B
do. Rassen-Verein	162,00 G
Breslauer Dis.-Bl.	69,30 bz

Industrie-Aktien.

Brauerei Pagenhofer	102,50 G
Dannenberg Rattun	14,00 bz
Deutsche Bauges.	49,00 G
Deutsche Eisenb.-Bau.	10,40 bz
Dtsch. Stahl- u. Eisen	
Donnersmarchhütte	19,50 G
Dortmunder Union	9,60 bz
Eggl'sche Masch.-Act.	15,75 G
Erdbarmnd. Spinn.	21,00 B
Flora f. Charlottenb.	
Griff u. Hofm. Nähm.	41,00 G
Gelsenkirch.-Bergw.	103,50 bz
Georg-Marienhütte	47,75 bz
Gibernia u. Chamr.	38,50 bz
Immobilien (Berl.)	77,00 G
Krafft, Leinen-F.	76,50 G
Kauchhammer	22,50 G
Kaurahütte	69,25 bz
Kaufz.-Ziehau-Bergw.	18,40 bz
Magdeburg. Bergw.	116,10 G
do. Spiritfabrik	43,00 G
Marienhütte Bergw.	68,30 G
Maschinen-Bergw.	19,50 B
Menden u. Schw. B.	48,00 G
Obereschl. Eis.-Bed.	28,50 bz
Ostend	9,00 B
Phönix B.-A. Lit. A.	55,00 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Altenburg-Leipz.	101,60 G
Berlin-Dresden	43,75 bz
Berlin-Görlitz	74,90 bz
Berliner Nordbahn	
Breslau-Warschau	
Chemn.-Wue.-Dorf	20,75 bz

Eisenbahn-Prioritäten.

Altenburg-Leipz.	101,60 G
Berlin-Dresden	43,75 bz
Berlin-Görlitz	74,90 bz
Berliner Nordbahn	
Breslau-Warschau	
Chemn.-Wue.-Dorf	20,75 bz

Eisenb.-K. Kempen	25,75 G
Gera-Plauen	21,00 bz
Halle-Sorau-Guben	36,40 bz
Hannover-Altenb.	
do. II. Serie	
Leipz. Gaschw.-Mts.	65,00 B
Märkisch-Posen	70,50 bz
Magdeb.-Halberst. B.	69,00 bz
do. C.	94,10 bz
Münster-Eisenb.	
Nordhausen-Erfurt	34,25 bz
Oberlausitzer	40,00 bz
Ostpreuss.-Südabh.	76,25 bz
Rechte-Deutscher-Bahn	111,20 bz
Rheinische	
Rumänische	67,50 bz
Saalbahn	28,00 B
Saarl.-Unstrutbahn	6,00 bz
Stett.-Zisterburg	65,75 bz
Weimar-Geraer	25,50 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	90,25 bz
do. do.	96,50 B
do. do.	96,10 G
Berg.-Märkische	109,00 G
do. do.	100,00 G
do. III. v. St. g.	86,00 bz
do. do. Litt. B.	86,00 bz
do. do. Litt. C.	77,00 B
do. do. IV.	97,80 G
do. do. V.	97,50 G
do. do. VI.	97,20 G
do. do. VII.	101,90 bz
Aachen-Düsseldorf	91,00 G
do. do.	
do. do. III.	
do. Dül.-Elb.-Pr.	
do. do.	
do. Dortmund.-Soest	91,00 G
do. do.	97,50 G
do. Nordb. Fr. B.	102,50 B
do. do. R. R.	
do. do. III.	
Berlin-Anhalt	99,40 G
do. do.	99,40 G
Berlin-Görlitz	101,75 G
do. do.	91,90 B
Berlin-Hamburg	
do. do.	
do. do. III.	103,75 G
Berl.-Potsd.-M. A. B.	
do. do.	90,50 bz
do. do.	96,75 B
do. do.	
Berlin-Stettin	
do. do.	93,00 G
do. do.	93,00 G
do. IV. v. St. g.	102,90 bz
do. do.	92,50 G
do. VII.	98,00 bz
Bresl.-Schw.-Freibrg.	96,30 G
do. do. Litt. G.	96,50 G
do. do. Litt. H.	91,50 G
do. do. Litt. I.	91,40 G
do. do.	93,75 B
do. do. V.	90,80 G
do. do. VI.	97,70 G
Halle-Sorau-Guben	100,75 G
do. do.	
Hannov.-Altenb.	
do. do.	
do. do.	90,25 bz
Märkisch-Posener	
Magdeb.-Halberstadt	
do. do. de 1865	97,00 B
do. do. de 1873	95,00 bz
do. Leipzig	98,00 bz
do. do. de 1873	
do. Wittenberge	
do. do.	
Niederschles.-Märk. I.	96,00 G
do. II. a 6 1/2 thlr.	96,00 G
do. Dbl. I. u. II.	96,00 G
do. do. III. conv.	96,00 G
Nordhausen-Erfurt	
Obereschlische	

Ausländische Prioritäten.

	Elisabeth-Wertheim	5	66,75 bz	
	Gal. Karl-Ludwig. I.	5	81,50 bz	
	do. do. II.	5	77,10 G	
00 bz	do. do. III.	5	76,30 bz	
50 G	do. do. IV.	5	75,90 G	
50 B	Leipzig-Görlitz. I.	5	64,50 G	
	do. do. II.	5	65,90 B	
	do. do. III.	5	60,50 B	
	do. do. IV.	5	55,60 bz	
	Mähr.-Schles. Grb. fr.	5	17,50 bz	
	Mainz-Ludwigshafen	5		
	do. do.	4½		
40 G	Deuterr.-Frank. Stsb. 3	3	319,50 bz	
40 G	do. Ergänzungsb. 3	3	309,25 bz	
75 G	Deuterr.-Frank. Stsb. 5	5	96,10 G	
90 B	do. II. Em. 5	5	96,00 bz	
	Deuterr. Nordwestb. 5	5	74,00 bz	
	Deut. Nordwestb. Litt. B. 5	5	59,60 G	
	do. Goldpriorität. 5	5		
50 bz	Kronpr. Rud.-Bahn 5	5	64,15 bz	
75 B	do. do. 1869 5	5	61,50 bz	
	do. do. 1872 5	5	61,10 G	
00 G	Kab.-Graz-Pr.-A. 4	4	69,20 G	
00 G	Reichsb.-Pardubitz. 5	5	69,50 bz	
90 bz	Südösterr. (Comb.) 3	3	242,00 bz	
50 G	do. do. neue 3	3	242,75 bz	
00 bz	do. do. 1875 6	6		
30 G	do. do. 1876 6	6		
50 G	do. do. 1877 6	6	103,00 G	
50 G	do. do. 1878 6	6	103,90 G	
40 bz	do. do. Oblig. 5	5	79,20 G	
75 B	Baltische, gar. 5	5	84,50 B	
80 G	Brest-Gragewo 5	5	67,75 bz	
70 bz	Charlow-Alow. g. 5	5	92,80 G	
75 bz	do. in Str. a 20.40 5	5	90,00 G	
	Charlow-Kremench. 5	5	93,80 G	
	Zeitz-Drel, gar. 5	5	93,10 G	
	Zeitz-Boron, gar. 5	5	95,00 G	
25 bz	Roslow-Boron. 5	5	94,75 bz	
	Roslow-Woron-Dbl. 5	5	83,00 G	
	Kursk.-Charf. gar. 5	5	92,80 G	
00 B	R.-Charf.-W. (Dbl.) 5	5	82,40 B	
00 bz	Kursk.-Kiew, gar. 5	5	94,50 bz	
00 bz	Kosow-Senast. 5	5	82,25 bz	
	Moscow-Rjasan, g. 5	5	99,50 G	
	Mosk.-Smolensk 5	5	94,00 bz	
	Schuja-Swanowo 5	5	92,80 G	
	Warschau-Zerep. 5	5	91,90 bz	
	do. kleine 5	5	92,80 bz	
00 G	Warschau-Wien II. 5	5	94,60 bz	
00 bz	do. III. 5	5	92,10 bz	
00 G	do. IV. 5	5	86,20 bz	
00 B	do. 5	5	84,10 G	